

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 03.04.2023	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat III Amt: Mobilitätsamt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	Dezernat I ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2023/0115 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: Kostenstelle: Kostenträger:		
Investitionsnummer: Sachkonto:		

Betreff: Bürgerhaushalt 2.0, 2021 "Unser Vorschlag für die Politik" - Vorschlag #427:
Ladesäulen für Elektrofahrzeuge im K6

Vorlage vom: 28.03.2023

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zu Kenntnis genommen.

Anlagen:

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☒ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 28.03.2023

Für den Bürgerhaushalt 2.0, 2021 „Unser Vorschlag für die Politik“ wurde folgender Vorschlag aus der Bürgerschaft eingebracht:

Das Schaffen gemeinsam nutzbarer Ressourcen kann vermeiden, dass in Zukunft jede Familie mit E-Fahrzeug eine Wallbox in den Parkdecks installieren möchte/muss. Deshalb der Vorschlag, an mehreren Stellen im K6 öffentliche Ladesäulen vorzusehen oder Nachbarschaftsinitiativen durch Stellplätze zu unterstützen (Beispiele: Park & Ride-Platz/Gästeparkplatz nahe Blau-Gelb, zudem ggf. seitlich der Parkdecks oder entlang der Elisabeth-Selbert-Straße).

Der Vorschlag erhielt:

in der Online-Abstimmung: 42 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen

in der Vor-Ort-Abstimmung: 0 Ja-Stimmen und 0 Nein-Stimmen

Das Themenfeld Elektromobilität und die Nutzung elektrisch betriebener Fahrzeuge stellen einen bedeutsamen Baustein im Rahmen einer klimagerechten Energie- und Verkehrspolitik dar. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt möchte im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbstverständlich ihren Teil dazu beitragen, dass die vom Bund gesetzten Leitziele mit rd. 15 Millionen zugelassenen Elektro-Pkw sowie einer Million öffentlicher Ladepunkte im Bundesgebiet bis 2030 umgesetzt werden können.

Im öffentlichen Verkehrsraum der Wissenschaftsstadt Darmstadt stehen aktuell 42 Ladesäulen über das Stadtgebiet verteilt zur Verfügung. Um den Einstieg in die Elektromobilität zusätzlich zu erleichtern und gleichzeitig den Individualverkehr umweltfreundlicher zu machen, können die E-Fahrzeuge während des Ladevorgangs an den eigens gekennzeichneten Stellplätzen derzeit bis zu drei Stunden kostenfrei parken.

Zusätzlich zu den öffentlich zugänglich Ladepunkten bestehen darüber hinaus noch weitere Ladepunkte im halböffentlichen Raum. Hinsichtlich der genauen Anzahl und dem Betrieb der privat genutzten Ladepunkte stehen aktuell keine detaillierten oder weiterführenden Informationen zur Verfügung.

Um den systematischen und bedarfsgerechten Ausbau der Ladeinfrastruktur auf Stadtteilebene hinsichtlich der stetig wachsenden Bedarfe und der weiter zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen (wie beispielsweise die Grundstücksverhältnisse und Baurechtsschaffung, regionalen Netzverfügbarkeiten, räumliche und leitungsspezifische Besonderheiten sowie bautechnische Voraussetzungen) fortführen zu können, wird aktuell an einer erweiterten Bedarfs- und Potenzialanalyse gearbeitet. Diese soll Möglichkeiten für eine großflächige und systematische Abdeckung an Ladepunkten im Stadtgebiet - auch im halböffentlichen Bereich - aufzeigen und die Erweiterung bzw. Neuinstallation weiterer Ladesäulen identifizieren.

Um den im Betreff benannten Vorschlag zur Elektrifizierung des Parkplatz in der Elisabeth-Selbert-Straße sowie der drei benachbarten Parkhäuser im K6-Viertel nachzugehen, hat der Eigenbetrieb Immobilienmanagement im Januar diesen Jahres die Entega Plus GmbH mit einem sog. Ladeinfrastruktur-Check beauftragt. Im ersten Schritt erfolgt dabei eine Bestandsaufnahme inkl. Erstanalyse der technischen Grundvoraussetzungen für eine mögliche

Herstellung von Ladeinfrastruktur in diesen Bereichen. Parallel dazu erfolgt eine Netzverträglichkeitsprüfung in Abstimmung mit dem Netzversorger, um eventuelle Auswirkungen auf den vorhandenen Netzanschluss oder das vorgelagerte Niederspannungsnetz abschätzen zu können.

Im Anschluss an die Fertigstellung der Grundlagenuntersuchung wird im Rahmen der o.g. Bedarfs- und Potenzialermittlung und einer übergeordneten Umsetzungsstrategie die weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte für die Herstellung weiterer Ladestationen geprüft.

Dezernat I

Dezernat III

Jochen Partsch
Oberbürgermeister

Michael Kolmer
Stadtrat